

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Schlimmste Krise seit den 30er Jahren“ ...

DIE „schlimmste Krise seit den 30er Jahren, deren Ende nicht in Sicht ist“ (»Wall Street Journal«) ist eine Krise, die die gesamte Weltwirtschaft erfasst hat. US-Finanzminister Paulson fordert denn auch unverhohlen die anderen Länder auf, sich an der staatlichen Rettungsaktion für die Finanzkonzerne zu beteiligen.

700 Milliarden Dollar fordert die Bush-Regierung zur „Rettung“ der Banken, der Spekulanten, nachdem sie schon über 700 Mrd. Dollar in den letzten sieben Monaten in die maroden Finanzmärkte gepumpt hat. Die Millionen Amerikaner, die ihre Häuser und Wohnungen verlieren, die 91 Millionen US-Bürger, die in Armut oder am Rande der Armut vegetieren – sie können auf keine staatliche Hilfe rechnen. Im Gegenteil: die 700 Milliarden Dollar für die Hochfinanz sollen durch weitere Schnitte in den öffentlichen Haushalt aufgetrieben werden.

Merkel und Steinbrück begrüßen am 22. 9. für die Große Koalition das milliardenschwere Dollar-Hilfspaket der US-Regierung, erklären aber gleichzeitig, mit der „Finanzkrise“ müsse die USA allein fertig werden. Während sie noch klarstellen, auf Europa können die USA nicht rechnen, fordert der zuständige EU-Binnenkommissar Creedy eine „gemeinsame, koordinierte und kohärente Antwort auf EU-Ebene“.

Das ist dieselbe EZB, Institution der EU, die im Namen des freien und unverfälschten Wettbewerbs jede staatliche Hilfe zur Rettung von Arbeitsplätzen und Produktion – wie im Falle Nokia – strikt untersagt; und die im Gegenteil, im Namen desselben unantastbaren Wettbewerbsprinzips, die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer begünstigt und damit die dramatische Ausweitung von Dumpinglöhnen, die Zersetzung der Tarifverträge und Ausgliederungen in

tariffreie Zonen fördert. Und EU/EZB, die innerhalb weniger Wochen Milliarden-Euro-Beträge für die internationalen Finanzinvestoren frei machen kann, verschärft den Druck auf die nationalen Regierungen, ihre Haushalte auf Null-Neuverschuldung zu bringen, zum Preis der Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme, des Kahlschlags gegen Krankenhäuser, Schulen, Nahverkehr...

... und die SPD

Steinbrück, der noch am 16. September bei seiner Haushaltsrede im Bundestag vor Schwarzmalerei, vor „Sado-Maso-Tendenzen“ gewarnt hat, nutzt als Minister der Großen Koalition die Regierungserklärung vom 25. September, um auch die deutsche Bevölkerung auf massive soziale Einschnitte einzustimmen: Nach diesem „schwarzen September“ werde „die Welt nicht wieder so werden, wie vor dieser Krise“. Deutschland müsse als Folge der Finanzmarktkrise mit einem lang andauernden Abschwung und dem Verlust von Arbeitsplätzen rechnen.

Gleichzeitig geißelt er die „unverantwortliche Gier“ nach immer höheren Renditen, für das der Deregulierungswahn angloamerikanischer Prägung verantwortlich sei, und lobt die Robustheit des deutschen Bankensystems mit seinen drei Säulen.

Kein Deregulierungs„wahn“ in Deutschland?

Ist es vergessen, dass die Große Koalition, deren Minister Steinbrück und Steinmeier sind, schon 17 Mrd. Euro in die 3 Landesbanken und die IKB gepumpt hat – aus dem öffentlichen Haushalt geraubt zur Sicherung der Rendite für die Spekulanten und Banken?

War es nicht Steinbrück, der jetzt das zügellose Renditestreben ohne „ausreichende Regulierung“ in den USA anklagt, der alles dafür getan hat, das öffentliche Bankensystem zu deregulieren und unter dem Druck der EU der Privatisierung auszuliefern? Ist er es nicht, der die Fusion der Landesbanken und Sparkassen zu 2-3 Großbanken betreibt, damit sie, befreit von der Fesseln der Verpflichtung auf die Gemeinnützigkeit, noch „zügelloser“ auf den internationalen Finanzmärkten als „global player“ agieren können? Wurden nicht durch Steinbrück als Minister der Großen Koalition die Hedgefonds legalisiert und die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne eingeführt – zur „Förderung des Finanzplatzes Deutschland“, d.h. zur Förderung der Spekulation und Renditejagd der Finanzinvestoren?

Wer hat denn die Post, Telekom, die großen staatlichen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, an die Finanzinvestoren/Heuschrecken ausgeliefert wenn nicht die Große Koalition, mit ihren Ministern Steinbrück und Steinmeier, unterstützt von Müntefering? Und jetzt soll auch die Bahn mit dem Börsengang an internationale Finanzinvestoren verschleudert werden.

Und zwar zum Preis der Zersetzung des Flächentarifvertragssystems, des massiven Abbaus von Arbeitsplätzen, der Verurteilung weiterer 10.000er ArbeitnehmerInnen zu ungeschützten Billigjobs und auf Kosten der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für die BürgerInnen?

Jetzt müssen alle zahlen – ist das Credo der Regierungserklärung der Steinbrück und Merkel. In dieser Situation putschen Müntefering und Steinmeier gegen den SPD-Parteivorsitzenden Beck, der eine vorsichtige „Korrektur der sozia-

(Forts. auf S. 2)

len Ungerechtigkeiten“ angemahnt hatte, und zwingen sich als Vorsitzender und als Kanzlerkandidat der SPD auf. Begleitet vom Beifall der EU und des großen Kapitals geht es ihnen darum, die SPD der Fortsetzung der Agenda-Politik, der Politik des sozialen Kriegs gegen die Bevölkerung, zu unterwerfen. Eine Politik, die der Grund ist für die langen Jahre der Wahlniederlagen und Massenaustritte, für den Niedergang der SPD – bis hin zu den bayrischen Landtagswahlen.

Die breiteste Mehrheit der SPD-Mitglieder und –WählerInnen wollen und brauchen dagegen eine SPD und Regierung, die sich befreit von dem Diktat der EU und dem Krisendiktat des Finanzkapitals.

Die 135.000 Beschäftigte aus den Krankenhäusern fordern auf einer machtvollen Demonstration die finanziellen Mittel für die Garantie einer verantwortlichen Krankenversorgung – statt der Milliarden zur Rettung der Spekulantengewinne. 40.000 VW-Beschäftigte demonstrieren für den Erhalt des VW-Gesetzes zum Schutz der Arbeitsplätze und Produktion, gegen seine Liquidierung durch die EU.

60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortliche haben einen Aufruf „Für mehr soziale Gerechtigkeit“ veröffentlicht und antworten damit auf die Forderungen der Gewerkschaften nach Maßnahmen zur Rettung und Wiederaufbau des Sozialstaats.

SPD-Mitglieder und GewerkschafterInnen haben mit ihrem Vorschlag, dass dieser Aufruf zum Antrag für das Wahlprogramm der SPD werden muss und darauf der Spitzenkandidat sowie der Parteivorsitzende verpflichtet werden, ein Echo in der SPD, aber auch darüber hinaus in den Gewerkschaften und bei den ArbeitnehmerInnen gefunden.

Sie schreiben: „Wir sind überzeugt,

dass eine Offensive der SPD für die von der Mehrheit leidenschaftlich geforderten Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit die Unterstützung der Gewerkschaften des DGB finden wird und die Wähler-

stimmen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend für eine Regierungsmehrheit erobern kann.“

CARLA BOULBOULLÉ
28. September 2008

Desaster für die CDU – CDU und SPD zahlen für die Politik der Großen Koalition; SPD büßt für den Wahlkampfeinsatz von Steinmeier und Müntefering

Landtagswahl in Bayern:

Historische Niederlage für die CSU. Mit 43,4 % (–17,3 gegenüber 2003) fährt sie das schlechteste Ergebnis seit 1954 ein. Sie verliert 1.617.401 Stimmen.

Die SPD erzielt mit 18,6% der Stimmen (–1% gegenüber 2003) ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1945. Sie büßt 41.235 Stimmen ein.

Die Linke erzielt 4,3%, das sind 461.131 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung ist leicht von 57,1 (2003) auf 58,1% gestiegen.

Kommunalwahl in Brandenburg:

Bei einer Wahlbeteiligung von 50,3% gegenüber 45,8% 2003 hat die CDU deutlich verloren und rutscht auf 19,8%, gegenüber 27,3% 2003.

Die SPD kann leicht hinzugewinnen und kommt auf 25,8% gegenüber 23,5% 2003; während die Linke 24,7% erreichte. 2003 kam die PDS auf 21,3%.

D.h. die SPD konnte so gut wie nichts aufholen von den erdrutschartigen Verlusten von 15% in den Wahlen 2003.

Niemand, weder die Medien noch die politischen Verantwortlichen, wollen davon sprechen. Doch es ist Fakt:

es ist die verheerende Politik der Großen Koalition, der die WählerInnen in Bayern wie in Brandenburg eine klare Absage erteilt haben, wie zuvor in Hessen.

Dafür hat die SPD bezahlt: Der bayerische SPD-Spitzenkandidat Maget hatte im Wahlkampf mit Müntefering und Steinmeier (nach ihrem Putsch gegen Beck)

zwei offensive Verfechter für die Fortsetzung der Agenda-Politik in der Großen Koalition nach Bayern geholt.

Dafür steht auch der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident von Brandenburg, Platzeck.

Es war dagegen die Offensive der hessischen SPD mit Andrea Ypsilanti für eine sozialdemokratische Regierung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit – in Abkehr von der Agenda-Politik, die die Chance für die SPD eröffnet hat, Wählerstimmen für eine Regierungsmehrheit zu erobern.

Muss das nicht zum Signal werden für den a.o. SPD-Parteitag am 18. Oktober in Berlin? – CARLA BOULBOULLÉ

Aus dem Inhalt

Nach dem Putsch – Vor dem SPD-Parteitag

BERLIN: 135 000 demonstrieren für die Rettung der Krankenhäuser

Beiträge zur Delegation zur EU-Kommission am 12. 9.

Europäischer Pakt zur Einwanderung

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der »Europäischen Arbeitnehmerverbände« veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 9. 10. 2008

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie
@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilun-

gen bitte an diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 €

Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin